

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 spbn d

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB gibt Einblicke in Stoltenbergs Kasse: Stoltenberg mit seiner Super-Steuerreform in der Klemme.

Seite 1

Günter Verheugen MdB warnt vor einer Instrumentalisierung der Menschenrechtspolitik für die Überwindung eines anderen politischen Systems: Tue Gutes - und schweige darüber.

Seite 3

Brigitte Eler nennt Gründe für die steigende Zahl von Asylbewerbern: Die Asylbewerber kommen nicht aus Lust und Laune.

Seite 5

41. Jahrgang / 147

6. August 1986

Stoltenberg mit seiner Super-Steuerreform in der Klemme

SPD wird Wählerbetrug nicht zulassen

Von Dr. Dieter Spöri MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Bei seiner gestrigen Pressekonferenz war Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg beim Thema Steuerreform auffallend einsilbig. Er ließ zwar gegenüber den USA jede Menge wirtschaftspolitischer Belehrungen vom Stapel. Auf Fragen zur kommenden Steuerreform wollte er jedoch auf einmal nicht mehr eingehen. Dabei soll doch gerade die von der Regierungskoalition groß angekündigte Superreform in der nächsten Legislaturperiode der innenpolitische Schlager im kommenden Wahlkampf werden.

Stoltenberg ist unter Druck geraten. Einmal ist es das Diktat der leeren Kassen, das ihn jetzt schon zwingt, in den kommenden Jahren die Neuverschuldung zu erhöhen. Und das, obwohl er bereits Milliardeneinnahmen aus der Veräußerung der wertvollsten Teile des ertragbringenden industriellen Bundesvermögens eingeplant hat. Stoltenbergs sorgsam gepflegtes Heldenimage als Haushaltskonsolidierer hat Kratzer bekommen. Die Öffentlichkeit nimmt langsam aber sicher die Fakten zur Kenntnis, daß er nämlich im Gegensatz zu propagandistischem Anspruch und Anschein des Schuldenabbaus die Schulden des Bundes in den vier Jahren seiner Amtszeit um 100 Milliarden DM erhöht hat. Das ist mehr als irgendeiner seiner Vorgänger als Bundesfinanzminister zu verantworten hatte. Nach den eigenen Planungen Stoltenbergs sollen die Bundesschulden bis 1990 um weitere 100 Milliarden DM ansteigen.

Daß Stoltenbergs Kasse leer ist, ist auch auf das eklatante Versagen dieser Bundesregierung beim Subventionsabbau zurückzuführen. Den großen Sprüchen vom Subventionsabbau folgte die Erhöhung der Subventionen von 1982 bis 1987 um 30 Pro-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung der
Bundesregierung
zur Einhaltung der
Kernenergie-Politik



zent. Die Steuersubventionen von Bund, Ländern und Gemeinden werden in diesen fünf Jahren um mehr als 15 Milliarden DM ansteigen. Das ist ein Zuwachs von 50 Prozent.

Trotz der schwierigen Finanzlage des Bundes hat sich Stoltenberg in den letzten Monaten mit seinen Steuersenkungsversprechen auf einen fahrlässigen Wettlauf mit der FDP eingelassen. Im Milliardenrausch wurde die anvisierte Steuerreform in unerfüllbare und unseriöse Höhen geschraubt.

Jetzt ist Stoltenberg in der Klemme. Die Neuverschuldung des Bundes steigt 1987 und 1988 ohnehin schon. Will er jetzt auch noch, wie angekündigt, wirklich Steuern in Höhe von 40 bis 45 Milliarden DM senken, muß er zur Finanzierung auf der anderen Seite in großem Umfang andere Steuern erhöhen. Stoltenberg hat dabei die Erhöhung der Mehrwertsteuer und bestimmter Verbrauchsteuern schon fest eingeplant. Außerdem sollen noch acht bis zehn Milliarden DM Subventionen abgebaut werden. Subventionsabbau klingt zwar gut. Wenn diese Regierungskoalition aber von Subventionsabbau spricht, denkt sie in erster Linie an den Abbau von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer. Sie denkt dabei zum Beispiel - wie Äußerungen aus Unionskreisen beweisen - an

- die Besteuerung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit
- die Besteuerung der Rabatte für Jahreswagen von Arbeitnehmern der Automobilindustrie
- die Abschaffung des Arbeitnehmerfreibetrags
- die Abschaffung des Weihnachtsfreibetrags
- die Abschaffung des Werbungskostenabzugs für Arbeitnehmer und
- die Abschaffung des Grundfreibetrags (so Frau Breuel).

Stoltenberg ist auch in der Klemme, wenn er darstellen soll, wie denn die beabsichtigte Steuersenkung konkret aussieht. Wie will er dem Normalbürger auch klarmachen, daß er seine Partei wählen soll, wenn er sich damit für eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf hohe Einkommen und für eine weitere Senkung der Unternehmensteuern entscheidet, die die Masse unserer Bürger durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, durch höhere Verbrauchsteuern und durch einen Abbau steuerlicher Vergünstigungen für Arbeitnehmer bezahlen sollen?

Kein Wunder, daß die angekündigte Superreform, die als zentraler Wahlkampfknüller geplant war, jetzt bei ihren Urhebern zu kalten Füßen führt. Die konkreten Pläne sollen deshalb unseren Bürgern erst nach der Wahl offenbart werden. Die Wähler sollen die schwarze Katze unbesehen im Sack kaufen.

Die SPD wird diesen Wählerbetrug nicht zulassen. Damit die Bundesregierung endlich Farbe bekennt, haben wir eine große Anfrage im Bundestag eingebracht. Die SPD wird die Frage der Steuergerechtigkeit in unserem Lande zu einem zentralen Wahlkampfthema machen. Und wir werden dem Bürger deutlich machen, daß die Regierungskoalition in unseriöser Weise eine Steuerreform verspricht, ohne den Wählern reinen Wein über ihre wahren Absichten einzuschenken, nämlich die Umverteilung von unten nach oben fortzusetzen. (-/6.8.1986/st/ks)

* * *

Tue Gutes - und schweige darüber

Menschenrechtspolitik darf nicht als Mittel zur Überwindung eines anderen politischen Systems eingesetzt werden

Von Günter Verheugen MdB

Es wäre angesichts mancher Erfahrungen mit Heiner Geißler und seiner Behandlung politisch Andersdenkender im eigenen Land mehr als gerechtfertigt, die Motive seines jüngsten Eintretens für Oppositionelle in weit entfernten Ländern nicht zu sehr in publizistische Weihrauchschwaden einzuwickeln. Aber sei es drum: jeder Mitstreiter muß willkommen sein, wenn es um die Verteidigung und Sicherung der Menschenrechte geht.

Praktische Menschenrechtspolitik ist eines der schwierigsten Kapitel der Politik überhaupt. Sie ist auch bei weitem nicht so verbreitet wie das politische Geschrei darüber. Wenn in der Bundesrepublik mit Menschenrechten hantiert wird, kann man in neun von zehn Fällen davon ausgehen, daß Menschenrechtsfragen als Totschlagargumente im innenpolitischen Machtkampf mißbraucht werden: haust Du meine Pinochets, hau ich Deine Sandinisten. Redest Du mit der SED, bist Du für Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht. Redest Du mit Moskau, verrätst Du Sacharow. Dies alles ist nicht nur widerlich, es hilft auch keinem. Menschenrechtspolitik soll aber helfen: geschundenen, gefolterten, unterdrückten, ausgebeuteten Menschen soll geholfen werden. Wenn man das will, und wenn man es - was im Interesse der leidenden und auf Hilfe hoffenden Menschen notwendig ist - auch gemeinsam will, dann muß man sich auf einige Grundsätze verständigen:

1. Daß Menschenrechte verletzt werden, ist auf dieser Welt eher die Regel als die Ausnahme. Man darf nicht darüber schweigen, egal, wo es geschieht. Und man darf keinen Unterschied machen, ob der Menschenrechtsverletzer ein Verbündeter ist oder nicht. Man darf auch keine unterschiedlichen Maßstäbe anlegen. Man kann nicht Despoten unterstützten nach der Devise: er ist ein Drecksack, aber er ist unser Drecksack.
2. Wer Menschenrechtsverletzungen draußen anprangert, muß das eigene Haus in Ordnung haben. Es darf nicht Minderheiten im eigenen Land diskriminieren, darf nicht an bürgerlichen Freiheitsrechten herumpfuschen, darf keinen Ausländerhaß schüren, darf nicht Geschäfte mit der Apartheid machen und vieles andere auch nicht.



3. Die Menschenrechte sind im Konfliktfall das höherwertige politische Interesse. Konflikte können auftreten zwischen Menschenrechtspolitik und kurzfristigen nationalen Vorteilen. Mit Menschenrechten kann man politisch keine „schnelle Mark machen“. Das wohlverstandene langfristige nationale Interesse an der Menschenrechtspolitik ergibt sich aus dem überragenden Ziel der Friedenssicherung: eine Welt, in der die Menschenrechte geachtet werden, wird eher die Sehnsucht nach Frieden erfüllen.
4. Die Frage der geeigneten Instrumente zur Durchsetzung von Menschenrechtsforderungen ist keine der politischen Moral, sondern der reinen Zweckmäßigkeit. Was im Fall A tauglich ist, kann im Fall B direkt schädlich sein. Mit anderen Worten: welche Formen des diplomatischen oder politischen Drucks, welche Formen wirtschaftlicher Maßnahmen oder welche Formen der internationalen Öffentlichkeitsarbeit man wählt, ist niemals eine Prinzipienfrage. Menschenrechtspolitik will schließlich eine fremde Regierung zu einem Verhalten bringen, das sie bisher ablehnt. Bei der Wahl der Instrumente sind deshalb zahlreiche Variablen zu beachten: der Charakter des anderen Systems, sein weltpolitischer Status, seine reale Macht, die Dichte der eigenen Beziehungen mit diesem System, der Grad der Abhängigkeit des Systems von demjenigen, der Menschenrechte einfordert, die bisherigen Erfahrungen - und nicht zuletzt: was kann man selber bieten, was für das andere System interessant sein könnte.
5. Man darf Menschenrechtspolitik nicht als Mittel zur Überwindung oder Beseitigung eines anderen politischen Systems einsetzen. Zweifellos gibt es viele politische Systeme, die nur deshalb bestehen können, weil sie die Menschenrechte unterdrücken. Ein veränderter Menschenrechtsstatus wird immer politische Konsequenzen haben. Aber man darf - solange es um Menschenrecht geht - Ursache und Wirkungen nicht vertauschen.

Gemessen an diesen Zielen hat die Menschenrechtspolitik der Union noch viel nachzuholen. Wenn Geißler es ernst meint, muß er noch viel Missionsarbeit in den eigenen Reihen leisten. Vor allem muß man bezweifeln, ob die Union jemals das ehrne Gesetz jeder seriösen Menschenrechtspolitik begreifen wird: Tue Gutes - und schweige darüber. (-/6.8.1986/st/ks)

* * *



Die Asylbewerber kommen nicht aus Lust und Laune

Gründe für den Anstieg der Asylbewerberzahlen

Von Brigitte Erler

Vorsitzende der bundesdeutschen Sektion von amnesty international

Die steigenden Asylbewerberzahlen haben das Asylrecht in diesem Sommer zum innenpolitischen Thema Nummer 1 gemacht. In dieser heftigen, leider aber unsachlichen Diskussion wird erstmals auf breiter Front die Abschaffung - verschleiern heißt es Ergänzung - des Grundrechts auf Asyl gefordert. Wenn Gründe für den Anstieg der Asylbewerberzahlen genannt werden, dann wird meist auf vermehrte Aktivitäten von Schleppern hingewiesen. In der Tat sind Schlepper und Fluchthelfer aktiv. Das sind sie in Bezug auf Asylbewerber schon immer gewesen. Ihre Aktivitäten sind also nicht neu. Es wäre auch falsch, den Schluß zu ziehen, daß Asylbewerber, die mit Hilfe von Schleppern einreisen, von vornherein keinen Anspruch auf Asyl haben könnten. Fluchthelfer hat es immer gegeben, solange es Menschen gibt, die fliehen müssen. Flüchtlingen bleibt oft keine andere Wahl, als sich Fluchthelfern gegen Bezahlung anzuvertrauen. Das war in der Zeit des Nationalsozialismus so, als sich Verfolgte nur mit Hilfe von Fluchthelfern in ein anderes Land retten konnten. Dies traf auch für Flüchtlinge aus der DDR zu und gilt auch heute noch für viele Verfolgte. Ein Flüchtling ist eben kein Tourist und verfügt nicht über legale Papiere. Da die möglichen Aufnahmeländer Nordamerikas und Westeuropas alle Anstrengungen unternehmen, die Aufnahme von Flüchtlingen zu begrenzen, bleibt auch politischen Flüchtlingen oft nur als einzige Möglichkeit, sich von Fluchthelfern helfen zu lassen.

Der Anstieg der Asylbewerberzahlen in der Bundesrepublik und insbesondere in Berlin hat andere Gründe. Er ist zunächst einmal auf die Abschottung der Grenzen Dänemarks und Schwedens zurückzuführen. Seit den Vereinbarungen dieser Länder mit der DDR im letzten Jahr können Flüchtlinge nicht mehr von Ost-Berlin in die skandinavischen Länder weiterreisen und dort um Schutz nachsuchen. Ihnen bleibt nur die Wahl der Rückschiebung oder der Einreise nach West-Berlin.

Zum anderen sind die Probleme in West-Berlin „hausgemacht“. Nach dem Anschlag auf die Discothek „La Belle“ werden Ausländer rigoros kontrolliert. Flüchtlinge, die früher ins Bundesgebiet weiterreisen konnten und erst dort Asyl beantragten, müssen dies nun schon in West-Berlin tun. Damit wird der „Flaschenhals“ West-Berlin geschaffen.

Da Berlin für die meisten Flüchtlinge der einzige Zugang nach Westeuropa ist, reisen sie, auch wenn sie in andere Länder wollen, über Berlin ein. Seit den Verhandlungen einiger westeuropäischer Länder unter Einbeziehung der Bundesrepublik im Mai 1985 ist zu beobachten, daß potentielle Asylbewerber, die über Berlin und das Bundesgebiet an die Grenzen der Nachbarländer gelangen, von dort in die Bundesrepublik zurückgewiesen werden. Diese Praxis trägt ebenfalls zur Steigerung der Asylbewerberzahlen bei.



Aus der Sicht von amnesty international ist die Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern entscheidend für den Zugang von Asylbewerbern. Es ist richtig, daß Menschen nach Westeuropa und in die Bundesrepublik kommen und Asyl beantragen, denen weder nach der Genfer Flüchtlingskonvention noch nach Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz der für einen politisch Verfolgten gedachte Schutz zusteht. Diese Menschen sehen für sich in ihren Heimatländern keine Zukunftschancen und Existenzmöglichkeiten mehr. Es ist verständlich, daß sie versuchen, diese Chancen in reicheren Ländern zu finden.

Ein Großteil der Asylbewerber flieht nach Westeuropa, weil diese Menschen begründete Furcht vor Inhaftierung als gewaltlose politische Gefangene, vor Folter, Todesstrafe, extralegalen Hinrichtung oder „Verschwindenlassen“ haben.

Hierfür spricht auch die Asylbewerber-Statistik. Im ersten Halbjahr 1986 kamen die meisten Asylbewerber aus dem Libanon, gefolgt von Flüchtlingen aus dem Iran und der Türkei. Die Situation in diesen Ländern macht deutlich, daß Flüchtlinge aus diesen Staaten gute Gründe haben, in Westeuropa Schutz vor Gefahr für Leib und Leben, vor Inhaftierung oder sonstiger Verfolgung zu suchen. Es ist daher nicht gerechtfertigt, den Anstieg der Zahlen mit einem „steigenden Mißbrauch“ des Asylrechts zu erklären.

Es soll nicht übersehen werden, daß der Zugang von Flüchtlingen zu Problemen, insbesondere bei den Kommunen, führt. Diese Probleme sollten von einem der reichsten Länder der Welt aber gelöst werden können. amnesty international fordert die zuständigen Politiker dazu auf, sich auch in der jetzigen, hektischen Diskussion ihrer Verantwortung gegenüber politisch Verfolgten bewußt zu werden und keine weitere Verschärfung des Asylrechts zuzulassen.

Der Schutz politisch Verfolgter ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen in aller Welt. Seine Verankerung im Grundgesetz geht zurück auf die Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland. amnesty international spricht sich daher entschieden dagegen aus, das verfassungsmäßig verbrieftete Recht politisch Verfolgter auf Schutz durch Asylgewährung noch weiter abzubauen. Das Grundrecht auf Asyl muß in der täglichen Praxis vielmehr endlich verwirklicht werden.

(-/6.8.1986/st/ks)

* * *

